

gungen ganz wesentlich zu ändern, also

PROFESSOR (I. R.) WERNER WEBER,  
DORTMUND

FAZ 20.6.12/5.72

## Überbordende Kraftwerksleistung

Zum Artikel von Rainer Brüderle „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat ausgedient“, zu dem Gespräch mit Justus Haucap „Es gibt kein Grundrecht auf Extraprofite für Solarstrom“ und zum Beitrag von Jürgen Trittin „Brüderles Attacke auf das EEG hilft den Stromkonzernen“ (F.A.Z. vom 5. und 8. Juni): „Die Revolution frisst ihre Kinder.“ Diese Erkenntnis ist auf die erneuerbaren Energien anzuwenden. Die genannten Artikel in der F.A.Z. und besonders die Reaktion von Trittin auf den Artikel von Brüderle sind widersprüchlich. Sie zeigen die Unkenntnis der Situation der Stromerzeugung und des Strombedarfs in Deutschland. Es wird von allen nicht begriffen, dass die Stromversorgung ein Leistungsproblem (Kilowatt) ist. Insoweit ist auch ein Quotenmodell keine Hilfe. Wahrscheinlich denken die Befürworter nur in Kilowattstunden. Der Subventionscharakter des EEG entspricht dem der Steinkohle-Subvention. Das EEG als erfolgreich und nachahmungswürdig zu bezeichnen ist abenteuerlich. Jede Subvention führt zu „Erfolgen“. Wie lange, mit welchen Konsequenzen? Meine Strompreise haben sich seit 2000 bis heute verdoppelt; meine Rente nicht. Um 2000 hatten wir eine optimale Stromversorgung bezüglich Kraftwerken, Netzen und angemessener Strompreise. Die Strompreis-Erhöhungen basieren ausschließlich auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und den staatlich verordneten Umlagen (zum Beispiel Stromsteuer). Insgesamt sind das nunmehr etwa 45 Prozent des Strompreises (mit Mehrwertsteuer)!

Die genannte Umlage von 3,5 Cent pro Kilowattstunde (Brüderle) beträgt mit Mehrwertsteuer bereits 4,3 Cent. Tendenz brutal steigend. Was bei dieser Rechnung immer verschwiegen wird, sind die sonstigen Kosten. Nämlich für den Netzausbau und die Netzanbindung von Windanlagen in Nord- und Ostsee. Diese werden per Gesetz einfach in die Netzkosten gedrückt. Das alles, um die genannten 3,5 Cent für den Bürger optisch verträglich zu machen. Welche Partei hat keine Mitschuld an dieser Entwicklung? Die gesamte Belastung der Stromerzeugung wird 2012 etwa 18 Milliarden Euro betragen – ohne Mehrwertsteuer. Woher kommt das Geld? Natürlich vom Stromverbraucher. Hierbei gibt es nichts herunterzurechnen. All das sind politische Machereien, um den Bürger blind zu halten. Die gesamten Strom-

erzeugungskosten sind 2012 mit etwa 33 Milliarden Euro zu beziffern (netto). Auf etwa 20 Prozent Regenerativstrom entfallen also etwa 55 Prozent der gesamten Stromerzeugungskosten. Auch die Hinweise auf die Wirkung der Strombörse sind schief. Es werden nur etwa 15 Prozent des Strombedarfs dort gehandelt. Wenn der Börsenpreis eine Wirkung auf die Strompreise hätte, wie von Trittin behauptet, dann müssten wir quasi täglich andere Strompreise haben. Haben wir aber nicht. Nur am Ende eines Jahres wird ein Versorgungsunternehmen insgesamt feststellen können, ob die „Börsengeschäfte“ gut waren oder schlecht.

Die zusätzliche und eigentliche Problematik ist die überbordende Kraftwerksleistung, die gnadenlos in die Landschaft gestellt wird. Grüne Landschaftschuttpolitik Fehlannonce; die anderen Parteien sind nicht besser. Es existieren bereits je etwa 30 000 MW Wind- und Sonnenleistungen. Die zusätzlich bevorrechtigte Einspeiseleistung (Biomasse; Klär-, Deponie-Grubengas; Geothermie) beträgt etwa 6000 MW. Die große Wasserkraft liefert 3000 MW (nicht EEG). Hinzuzurechnen sind auch Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Es ergeben sich derzeit bereits mindestens etwa 70 000 MW.

Wohin mit dieser Leistung, wenn im Sommer nur etwa 45 000 MW benötigt werden, im Winter (Höchstlasttag) etwa 76 000 MW. Es soll ja auch gespart werden. Es muss zu Abregelungen dieser Kraftwerke kommen. Dies führt zu verminderter Erzeugung mit der Konsequenz der Unwirtschaftlichkeit der Anlagen für die Betreiber. Nun, die Politik wird es schon richten. Bereits derzeit wird für „Nichtstrom“ aus Windanlagen (bei Netzengpässen) eine Vergütung bezahlt. Das ist Kommunismus pur. Das Geschrei um die (volkswirtschaftliche notwendige) Senkung der PV-Vergütung passt in den gesamten Energie-Politik-Irrsinn. Die Politik hat gefälligst für das Wohl von 80 000 000 Bürgern Sorge zu tragen und nicht in erster Linie für 300 000 Wind- und Sonnenarbeiter.

Bei der dargelegten Leistungsproblematik stellt sich natürlich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Desertec, Seatec und dem propagierten Netzausbau. Ergebnis: Regenerative Energienutzung; die Revolution frisst ihre Kinder.

EBERHARD WAGNER, BENSHEIM

## FDP-Dirigismus

Zum Gespräch mit Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr „Pflicht zur Prämie könnte 2013 kommen“ (F.A.Z. vom 21. Mai): Man kann es kaum glauben: Ausgerechnet ein Minister der Freien Demokraten versteigt sich zu einem Staatsdirigismus, der jedem Kenner der Materie nur erstauntes Kopfschütteln abnötigt. Die Krankenkassen sollen, wollen sie sich nicht „freiwillig“ zu einer entsprechenden Maßnahme bequemen, demnächst mit obrigkeitlicher Anordnung dazu gebracht werden, einen bei ihnen in letzter Zeit aufgelaufenen Finanzüberschuss an ihre Mitglieder wieder auszukehren. Wie solch eine Ordre de mufti mit den Grundsätzen einer freien Marktwirtschaft zu vereinba-

glücklich, wenn es eine solche Quote als Risikorückstellung sein Eigen nennen könnte. Und noch ein Weiteres: Vor rund einem Jahr war die Finanzsituation der Krankenkassen genau entgegengesetzt, das heißt, die Kassen waren so tief im Negativen angelangt, dass die F.A.Z. am 4. März 2011 titelte: „Krankenkassen leben von der Substanz, Milliardenüberschuss weitgehend aufgezehrt, Notlagentarifvertrag angestrebt“. Ob der Minister wohl, käme er denn zu einer komplexen und konsequenten Überlegung, für ein solches Tief den Schluss zöge, dann müssten die Kassen selbst sofort und ungehemmt das Defizit durch Nachforderung von Zusatzbeiträgen ausgleichen dürfen? Die einden-

lungskosten rund vier Milliarden Euro betragen werden.

Die Beteiligten sind das Land Nordrhein-Westfalen (48 Prozent) sowie die dortigen Sparkassen (50 Prozent) und die beiden Landschaftsverbände (2 Prozent) als Eigentümer. der Bank-Vorstand sowie die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) und schließlich die Ende

## Bayern LB hat n

200 Millionen Euro will die Landesbank von ihren früheren Vorständen. Vielleicht werden es nur 25 Millionen Euro. Das Gericht wirft zwei von acht Managern allenfalls leichte Fahrlässigkeit beim Fehlkauf der Hypo Alpe Adria vor.

hpe. MÜNCHEN, 19. Juni. Dieter Burgmer, einst Handelsvorstand der Bayerischen Landesbank, hörte genau zu, als die Richter im Schadensersatzprozess einen Vorschlag zur Güte machten. 25 Millionen Euro sollten zwei von acht Bayern-LB-Vorständen zahlen, weil sie 2007 den Kauf der Hypo Group Alpe Adria (HGAA) nicht sorgfältig genug geprüft hätten. Burgmer durfte mit der Einschätzung des Gerichts unter Vorsitz von Isabel Liesegang zufrieden sein. Sollten Kläger und Beklagte diesem Vorschlag folgen, ginge der 51 Jahre alte frühere Vorstand straffrei aus.

Im großen Sitzungssaal des Münchner Justizpalasts blieben an diesem Dienstagmorgen einige Stühle leer. Zwar saßen sich drei Dutzend Anwälte gegenüber. Von den Beklagten war außer Burgmer jedoch niemand erschienen. Selbst Gerhard Gribkowsky, zu Zeiten des HGAA-Kaufs Risikovorstand der Bank, fehlte. Er sitzt wegen der Formel-1-Affäre in Untersuchungshaft und steht in dieser Sache an diesem Mittwoch abermals vor Gericht.

In der Causa Hypo Group Alpe Adria wirft die Bayern LB ihrer ehemaligen Führungsspitze vor, gegen Sorgfaltspflichten verstoßen und einen Milliarden Schaden angerichtet zu haben. 200 Millionen Euro sollen die acht damaligen Vorstandsmitglieder deshalb zahlen. Das Gericht folgte dieser Argumentation nicht. Lediglich Gribkowsky und der frühere Vorstandsvorsitzende Werner Schmidt kom-

stabil  
resm  
die  
und  
stand  
gen  
ren  
gen,  
Förde



Aktenla

men für  
nen erk  
Fahrläss  
den Bar  
der Beis  
teilte. G  
seinerze  
schuss u  
die ande  
gehörte  
Geschäft  
Deutsche  
gen eine

## Stiftung

Große Hoffnungen ruhen auf der Zivilgesellschaft. Privates Engagement und private Mittel sollen leisten, was die öffentliche Hand nicht mehr bewältigt. Vor allem Stiftungen, mit eigenem Stiftungskapital, spielen hier seit einigen Jahren die wichtigste Rolle: Das traditionsreiche Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg erhält

Geld, um  
mögliche  
schung e  
oder eine  
mehr At  
An die  
hen Mult  
Gesellsch  
geschicht